Videoüberwachung und Recht
Grenzen der Überwachung im privaten und öffentlichen Raum

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung
  1.1 Datenschutzrechtliche Relevanz der Videoüberwachung 4
  1.2 Die gesetzliche Normierung des § 6b BDSG 4
2 Videoüberwachung im privaten Bereich 6
  2.1 Kamerasuren auf privaten Grundstücken 6
     2.1.1 Überwachung des eigenen Grundstückes 6
     2.1.2 Überwachung eines fremden Grundstückes 6
     2.1.3 Überwachung von gemeinsamen Zugangswegen und Flächen 7
     2.1.4 Überwachung von öffentlichen Wegen 8
     2.1.5 Gesamtwürdigung 9
  2.2 Videoüberwachung in Miethäusern und Wohnungseigentumsanlagen 10
     2.2.1 Videoüberwachung und Beweisverwertungsverbote 10
     2.2.2 Videoüberwachung zur Gefahrenabwehr 11
3 Videoüberwachung im betrieblichen Bereich 12
  3.1 Überwachung öffentlich-zugänglicher Bereiche 12
     3.1.1 Überwachung des Publikumsverkehrs 13
     3.1.2 Überwachung der Mitarbeiter 15
  3.2 Überwachung nicht öffentlich-zugänglicher Bereiche 16
     3.2.1 Einwilligung der Arbeitnehmer 16
     3.2.2 Anwendung von § 6b BDSG analog 17
     3.2.3 Anwendung von § 32 BDSG 17
  3.3 Fazit: Videoüberwachung im Betrieb 18
4 Videoüberwachung durch öffentliche Stellen 19
  4.1 Überwachung von öffentlichen Plätzen und Straßen 19
  4.2 Automatisierte Erfassung von Autokennzeichen 20
  4.3 Überwachung öffentlicher Einrichtungen 22
  4.4 Webcams und deren Zulässigkeit 23
5 Gesamtwürdigung 24
Abbildungsverzeichnis 26
1 Einleitung


¹ Closed Circuit Television.
³ BGHZ 13, 334; 20, 345; 24, 200.
den.\textsuperscript{4} Durch das Volkszählerurteil des Bundesverfassungsgerichts vom 1983\textsuperscript{5} wurde später das allgemeine Persönlichkeitsrecht und als spezielle Ausprägung das Recht zur informationellen Selbstbestimmung als verfassungsmäßig gewährleistetes Grundrecht anerkannt und so ein weiterer wesentlicher Ansatzpunkt für die rechtliche Bewertung von Videoüberwachung geschaffen. Das verfassungsrechtliche Persönlichkeitsrecht soll jedem einzelnen einen autonomen Bereich zur privaten Lebensgestaltung und zur individuellen Entfaltung zusichern.\textsuperscript{6} Die spezielle Ausprägung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung berechtigt grundsätzlich jeden selbst dazu, zu entscheiden wann und wie persönliche Lebenssachverhalte offenbart werden.\textsuperscript{7}

1.1 Datenschutzechtliche Relevanz der Videoüberwachung


1.2 Die gesetzliche Normierung des § 6b BDSG

Den wesentlichen gesetzlichen Ansatzpunkt für die rechtliche Bewertung von Videoüberwachung stellt das Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) dar. Der § 6b BDSG wurde 2001 in das BDSG aufgenommen und ist sowohl für öffentliche Stellen des Bundes wie für private Stellen anwendbar. Für öffentliche Stellen der Länder bestehen in den meisten Fällen vergleichbare Regelungen in Landesdatenschutzgesetzen (LDSG).\textsuperscript{9} § 6b BDSG soll der Wahrung des informationellen Selbstbestimmungsrechts durch einen angemessenen Interessenausgleich gerecht werden.\textsuperscript{10} So stellt § 6b BDSG in Abs. 1 diejenigen Interessen (z.B. Wahrnehmung des Hauserhechts) dar, welche eine Videoüberwachung unter Umständen rechtfertigen können, sofern keine Anhaltspunkte dafür bestehen, dass schutzwürdige Interesse Betroffener überwiegen.

Gem. § 6b Abs. 2 BDSG besteht neben der Interessenabwägung in jedem Fall eine Pflicht der

\textsuperscript{4} MüKoBGB/ Wagner, 5. Aufl. 2009, §823 Rn. 179; Prüting/Wegen/Weinreich/Prüting, BGB, §12 Rn. 31ff.

\textsuperscript{5} BVerfGE 65, 1; NJW 1984, 1591.

\textsuperscript{6} BVerfGE 54, 148, 153; Jarass/Pieroth/Jarass, GG, 10. Aufl. 2009, Art. 2 Rn. 41.

\textsuperscript{7} BVerfGE 103, 23, 33; Jarass/Pieroth/Jarass, GG, Art. 2 Rn. 44.

\textsuperscript{8} Gola/Schomerus, BDSG, 9. Aufl. 2007, §3 Rn. 6f.

\textsuperscript{9} Art. 21a BayDSG (Bayern), §29 b DSG NRW (Nordrhein-Westfalen), §31b BinDSG (Berlin), §33c BbgDSG (Brandenburg), §20b BremDSG (Bremen), §37 DSG M-V(Mecklenburg-Vorpommern), §25a NDSG (Niedersachsen), §34 LDSG (Rheinland-Pfalz), §34 SDSG (Saarland), §33 SächsDSG (Sachsen), §30 DSG-LSA (Sachsen-Anhalt), §20 LDSG (Sleiswig-Holstein).

\textsuperscript{10} BR-Drs. 461/00, S.92; Gola/Schomerus, 66b Rn. 1.
Die weiteren Absätze schützen die durch Videoüberwachung betroffenen Personen noch dahingehend, dass die Daten gem. Abs. 3 für die Zweckerreichung erforderlich sein müssen damit sie verarbeitet und genutzt werden dürfen. Nach der Zweckereichung besteht gem. § 6b Abs. 5 BDSG eine Löschungspflicht.


Abbildung 2

Kenntlichmachung der Beobachtung. Diese muss für jedermann sichtbar sein und die für die Überwachung verantwortliche Stelle kennzeichnen.

Mit dieser Transparenzverpflichtung soll es Betroffenen möglich sein ihre Rechte bei der entsprechenden Stelle wahrzunehmen.11

11 Gola/Schomerus, 46b Rn. 24ff.
2 Videoüberwachung im privaten Bereich


2.1 Kamerasure auf privaten Grundstücken

2.1.1 Überwachung des eigenen Grundstückes

Die Rechtsprechung erachtet es allgemein als zulässig, wenn ausschließlich das eigene Grundstück beobachtet wird.\(^\text{13}\) Auf die Gründe für die Überwachung kommt es hierbei nicht an. So darf sowohl zur präventiven Abwehr als auch zur Erlangung von Beweisen bei bereits eingetretenen Störungen überwacht werden. Dabei sollen jedoch weder Teile eines öffentlichen noch eines mit Nachbarn gemeinsam genutzten Weges im Bereich der Kamera liegen.\(^\text{14}\) Unter Berücksichtigung von § 6b Abs. 1 BDSG ist jedoch davon auszugehen, dass der Umstand der Überwachung auch bei eigenen Grundstücken durch Hinweisschilder kenntlich gemacht werden muss. Dies ist insoweit notwendig, als dass auch gegenüber eventuellen Besuchern diese Transparenzpflicht besteht, damit diese frei über ihr Persönlichkeitsrecht verfügen können.

2.1.2 Überwachung eines fremden Grundstückes

Kommt es hingegen zu einem gezielten Beobachten des Nachbargrundstückes mittels einer Videoüberwachungsanlage, stellt dies regelmäßig eine tiefgreifende Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts des Nachbarn dar.\(^\text{15}\)

In einem Urteil des OLG Köln\(^\text{16}\) hatte eine Partei wiederholt versucht, die Nachbarn, mit denen sie in Unfrieden lebten, mittels einer Videokamera zu überwachen. Hierbei wurde die schwerwiegende Intensität des Eingriffes insbesondere von der Tragweite, dem spezifischen Anlass sowie der Dauer und dem Grad des Verschuldens abhängig gemacht. In diesem Fall wurden die Kläger über einen Zeitraum von über einem Jahr ständig observiert und die Überwachung auch trotz anderslautender gerichtlicher Entscheidungen nicht abgestellt. Das Gericht stellte weiterhin ausdrücklich klar, dass gerade auch solche Eingriffe in die Intimsphäre entschädigungsfähig sind, die nicht zugleich oder allein für eine breite Öffentlichkeit bestimmt sind.\(^\text{17}\)

Bei einem schwerwiegenderen Eingriff kommen Ansprüche auf Schadensersatz gem. § 823 Abs. 1 BGB sowie Schmerzensgeld gem. § 253 Abs. 1 BGB als Teil des Schadensersatzes und Beseitigungsansprüche gem. § 1004 Abs. 1 iVm. § 823 Abs. 1 BGB in Betracht.

Ein gesondertes Problem in diesem Bereich stellt die Frage dar, ob die bloße Möglichkeit der Videoüberwachung durch eine installierte Kamera

\(^{12}\) BGH, NJW 1955, 1957.
\(^{13}\) OLG Nürnberg, Beschl. v. 30.10.1995 – 13 W 1699/95.
\(^{14}\) Horst, Videoüberwachungskameras im Nachbarrecht, NJW 2009, 1787, 1788.
\(^{16}\) OLG Köln, NJW 1989, 720.
\(^{17}\) OLG Köln, NJW 1989, 720, 721.
bereits das Persönlichkeitsrecht verletzt, egal ob es zu einer Überwachung kommt oder nicht.

Die Rechtsprechung ist in diesem Fall uneinig. Die befürwortende Ansicht stellt hierbei vor allem auf den sog. „Überwachungsdruck“ ab, der bereits durch die bloße Installation einer Überwachungskamera entsteht. Die betroffenen Personen könnten sich nie sicher sein, ob sie gerade beobachtet würden oder nicht. So entstehe ein gewisser Verhaltenszwang, der als unzulässiger Eingriff in das Persönlichkeitsrecht zu werten sei.\(^\text{18}\) Die Gegenansicht meint bei häufiger Sachbeschädigung und daraufhin erfolgter Überwachung des eigenen Grundstücks stelle die Möglichkeit, die Kameraeinstellung zu ändern, keine allgemeine Persönlichkeitsverletzung dar. Der Grundstücksbesitzer müsse bei Abwägung mit den berechtigten Interessen des Grundstückseigentümers eine Überwachung hinnehmen. Das allgemeine Persönlichkeitsrecht schütze nur vor tatsächlich erfolgter missbräuchlicher Überwachung, nicht aber vor der bloßen Möglichkeit.\(^\text{19}\) Eine differenzierende Ansicht bejaht einen vorbeugenden Unterlassungsanspruch gem. §§ 1004, 823 BGB bereits bei der bloßen Gefahr der Nutzung einer solchen Überwachungsanlage. So soll jedoch kein Anspruch bestehen, wenn die Überwachung nur befürchtet wird und die Anlage nur mit erheblichem äußerlich wahrnehmbarem Aufwand neu ausgerichtet werden könnte.\(^\text{20}\)

Letztlich sollte in einem solchen Fall auf die tatsächliche Überwachung kommt es hierbei nicht an.\(^\text{21}\)

2.1.3 Überwachung von gemeinsamen Zugangswegen und Flächen


Zusammenfassend lässt sich sagen, dass diese Rechtsprechung die logische Folge aus dem vor behandelten Bereich der Beobachtung eines fremden Grundstücks darstellt. Es kann keine Rolle spielen, dass es sich um eine gemeinsam genutzte Fläche handelt. Es geht dabei im Regelfall nicht um alleiniges Eigentum, sondern bloß um Miteigentum. Als Folge der Überwachung entsteht ein Überwachungsdruck, da der Nachbarn


\(^{\text{19}}\) LG Bielefeld, NJW-RR 2008, 327; LG Koblenz, NJW 2006, 3218; LG Itzehoe, NJW-RR 1999, 1394.

\(^{\text{20}}\) LG Bielefeld, NJW-RR 2008, 327.

\(^{\text{21}}\) Horst, NJW 2009, 1787, 1788.

zingend darauf angewiesen ist, diesen einen gemeinsam Weg zu seinem Hauseingang zu nutzen. Hinzu kommt das gerade durch die moderne Technik, bei der sich die Fokussierung durch Weitwinkelobjektive stark ausdehnen lässt, nie sicher ist, welcher Bereich wirklich überwacht wird.

2.1.4 Überwachung von öffentlichen Wegen


Der BGH geht davon aus, dass für die Feststellung eines rechtswidrigen Eingriffes sowohl die Interessen des Gefilmten als auch die des Grundstückseigentümers in einer Gesamtwürdigung des Einzelfalls zu berücksichtigen sind.\(^{23}\)

In dem vom BGH entschiedenen Fall ging es um die Videoüberwachung eines öffentlichen Zugangsweges zwischen zwei Grundstücken. Die Überwachung erfolgte, weil von dem öffentlichen Weg öfters Unrat auf das Grundstück des Kameranutzers geworfen wurde. Der BGH stellt hierbei fest, dass kein allgemeiner Schutz dagegen bestehe, außerhalb befriedeten Besitztums und somit auch auf öffentlichen Wegen, beobachtet zu werden. Es bestehe jedoch auch kein Anlass dazu, dass jedermann dulden müsse, dass Videaufzeichnungen von ihm gemacht werden, da das Recht am eigenen Bild auch eine besondere Erscheinungsform des allgemeinen Persönlichkeitsrechts darstelle.\(^{24}\)


In ähnlicher Weise liest sich ein Urteil des AG Spandau.\(^{27}\) Hier wurde die Videoüberwachung des Zugangs eines Wohnhauses unter Miterfassung eines Teils des öffentlichen Weges ebenfalls als Eingriff in das Persönlichkeitsrecht der Nachbarn gewertet, weil eine Überwachung der Nachbarn möglich sei. Eine Rechtfertigung durch eine körperliche Erkrankung, die das Einführen der Tür notwendig erscheinen lässt, komme aufgrund des unverhältnismäßig großen Eingriffs in das Persönlichkeitsrecht der Nachbarn nicht in Betracht.

Im Gegensatz zu dem oben dargestellten Urteil des BGH ist die Rechtsprechung seit der Einführung des § 6b BDSG im Jahre 2001 an die geforderte Interessenabwägung gebunden. § 6b BDSG stellt mithin die gesetzliche Festschreibung der

\(^{27}\) AG Spandau, WuM 2004, 214.
vom BGH geforderten Güterabwägung im Einzelfall dar. Wie bereits dargestellt, erlaubt dieser die Beobachtung öffentlich zugänglicher Räume mit optisch-elektronischen Einrichtungen nur insoweit, als sie zur Wahrnehmung des Haushyphils oder anderer berechtigter Interessen für konkreter festgelegte Zwecke erforderlich ist. Weiterhin ist eine Überwachung unzulässig, wenn Anhaltspunkte dafür bestehen, dass schutzwürdige Interessen von Betroffenen überwiegen.

Im Falle einer privaten Videoüberwachung der Außenfassade eines Kaufhauses wurde den Betroffenen ein Unterlassungsanspruch aufgrund einer Schutzgesetzverletzung gem. §§ 823 Abs. 2, 1004 Abs. 1 (analog) BGB iVm. § 6b BDSG zu gersprochen.28 Die Überwachung erfolgte hier zwar auf einem privaten Grundstück, doch war dieser durch Widmung zur Nutzung durch die Öffentlichkeit bestimmt. Das Gericht stellte fest, dass aufgrund der baulichen Gestaltung keine Möglichkeit für die Betroffenen bestand der Überwachung in diesem öffentlichen Raum iSd. § 6b BDSG zu entgehen und folglich ein Eingriff in die informationelle Selbstbestimmung vorliege. Das Gericht sah jedoch auch das Hausrecht sowie das berechtigte Interesse zur präventiven Verhinderung von Straftaten der Grundstückseigentümer. Die Videoüberwachung sei insbesondere auch erforderlich, da kein zumutbares milderes Mittel wie z.B. die Nutzung von Sicherheitspersonal aufgrund der Größe des Gebäudekomplexes und der damit verbundenen Kosten in Betracht komme.

Bei der Abwägung der betroffenen Rechte stellt das Gericht fest, dass es den betroffenen Personen zur Wahrung ihrer Rechte nicht zuzumuten sei, bei jeder Videoüberwachung die Straffenseite zu wechseln. Die geschützten Eigentümerrechte seien durch die Widmung in der Weise belastet,

Abbildung 3
dass ein unüberwachter Durchgangskorridor bestehen müsse.29

2.1.5 Gesamtwürdigung

Vom unstreitigen Fall der Überwachung des eigenen Grundstücks ohne Einbeziehung öffentlicher oder gemeinsam genutzter Flächen abgesehen, steht die Rechtsprechung in dieser Art der Fallkonstellationen immer wieder vor der Abwägung zwischen berechtigten Interessen der Eigentümer, welche ihr Grundstück auch vor Übergriffen von außerhalb schützen möchten, und dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht der Personen, die den Überwachungsbereich passieren müssen.

Regelmäßig wird hierbei dem Persönlichkeitsrecht ein Vorrang eingeräumt, da die widerstreitenden Interessen der überwachenden Seite meist nicht von solcher Intensität sind, als dass eine vollkommene Überwachung vom Umfang her gerechtfertigt erscheint. Gerade im Fall von Personen die regelmäßig den überwachten Bereich passieren müssen, kann so durch eine dauerhafte Überwachung eine lückenlose Dokumentation der Verhaltensweisen oder auch Stimmungen erfolgen. Dies stellt einen schwerwiegenden Eingriff in das allgemeine Persönlichkeitsrecht


Folglich lässt sich festhalten, dass Videoüberwachung außerhalb des eigenen Grundstücks zwar möglich ist, jedoch deutlichen rechtlichen Grenzen unterliegt und nur in besonderen Einzelfällen wirklich zulässig erscheint. Den Betroffenen steht daher grundsätzlich ein Unterlassungsanspruch oder auch Beseitigungsanspruch gem. §§ 823 Abs. 2, 1004 (analog) BGB zu.

2.2 Videoüberwachung in Mietshäusern und Wohnungseigentumsanlagen

Neben der Überwachung privater Grundstücke und den damit verbundenen Folgen muss die Rechtsprechung auch regelmäßig die Frage klären, inwieweit es einem Vermieter oder einem Wohnungseigentümer gestattet ist, Videokameras in Mehrfamilienhäusern oder Wohnungsanlagen zu installieren.

Die gerade im Wohnungseigentumsrecht im Zentrum stehende Frage, ob der Einbau einer Überwachungsanlage als bauliche Veränderung i.Sd. §22 WEG die Zustimmung aller Eigentümer bedarf, soll hier jedoch aufgrund der fehlenden
datenschutzrechtlichen Beziehung nicht behandelt werden.30

2.2.1 Videoüberwachung und Beweisverwertungsverbote

In der Rechtsprechung ist dieser Bereich vor allem unter dem Aspekt von Beweisverwertungsverboten umstritten. So hat das OLG Karlsruhe31 die Klage auf Schadensersatz eines Mitbewohners einer Wohnungseigentümeranlage, der Beschädigungen an seinem Auto mittels verdeckter Videoüberwachung in der Tiefgarage der Anlage aufgeklärt hatte, abgewiesen, weil die Videoaufnahme nicht verwertbar sei. Ein Eingriff in das Persönlichkeitsrecht führe demnach automatisch zu Beweisverwertungsverboten.

Im Gegensatz dazu stellte das OLG Düsseldorf32 klar, dass ein rechtswidrig handelnder Täter keinen Schutz verdie ne und deshalb keine Verwertungsverbote bestünden. Aufgrund dieser gegensätzlichen Annahmen, bleibt abzuwarten in welche Richtung sich die Rechtsprechung in Zukunft bewegen wird.

31 OLG Karlsruhe, NZM 2002, 703.
2.2.2 Videoüberwachung zur Gefahrenabwehr

3 Videoüberwachung im betrieblichen Bereich

Der betriebliche Bereich stellt zwar einen Sonderfall des privaten Bereichs dar, ist aufgrund besonderer Interessenlagen der Beteiligten jedoch nicht direkt vergleichbar und bedarf daher einer genaueren Untersuchung. Im betrieblichen Bereich können die Zwecke, die mit einer solchen Überwachung verfolgt werden, stark variieren. Nicht immer steht die systematische und öffentlich diskutierte (Leistungs-)Überwachung der eigenen Angestellten im Vordergrund. Regelmäßig werden Überwachungsanlagen auch zur Kontrolle der Kunden oder von technischen Anlagen eingesetzt. Hierbei stehen Aspekte des Hausrechts oder zur Prävention von Straftaten im Interesse des Unternehmens. Dennoch wurden die öffentlichen Rufe nach einem speziellen Arbeitnehmerdatenschutzrecht immer lauter, so dass aktuell das Bundesinnenministerium ein Eckpunktepapier zur geplanten weiteren Gesetzgebung veröffentlicht hat.\(^\text{34}\)

Durch die verstärkte Videoüberwachung am Arbeitsplatz sind das Persönlichkeitsrecht und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung der Arbeitnehmer in besonderer Weise betroffen. Installierte Kameras erzeugen auch hier einen Überwachungsdruck, dem sich die Mitarbeiter während der Arbeitszeit nicht entziehen können.\(^\text{35}\) Aus diesem Grund unterliegt die Einrichtung einer Videoüberwachungsanlage auch der betrieblichen Mitbestimmung gem. § 87 Abs. 1 Nr.6 BetrVG. Weiterhin unterliegt der Schutz des Persönlichkeitsrechts des Arbeitnehmers den arbeitsvertraglichen Nebenpflichten des Arbeitgebers.\(^\text{36}\) Im Einzelfall muss jedoch auch im betrieblichen Bereich eine Interessenabwägung zwischen den schützenswerten Interessen der Arbeitnehmer und denen des Arbeitgebers stattfinden. Diese umfassen in aller Regel sowohl die Berufs freiheit gem. Art. 12 GG und die Eigentumsgarantie des Art. 14 GG.\(^\text{37}\)

Als gesetzlicher Anknüpfungspunkt für diese Interessenabwägung dient auch hier gem. § 1 Abs. 2 Nr.3 BDSG für nicht-öffentliche Stellen das BDSG. Gem. § 4 Abs. 1 unterliegen sowohl die Erhebung als auch die Verarbeitung von Daten einem Erlaubnisvorbehalt. Aus diesem Grund ergeben sich hier zwei zu unterscheidende Fallgruppen: Zum einen die Videoüberwachung von Bereichen, die dem Publikumsverkehr offen stehen und für die § 6b BDSG eine spezielle Erlaubnisnorm darstellt - und zum anderen die Installation von Kameras in Räumen, zu denen ausschließlich Mitarbeiter Zugang haben.

3.1 Überwachung öffentlich-zugänglicher Bereiche

Die Anwendungbarkeit des § 6b BDSG setzt das Vorhandensein eines öffentlich zugänglichen Raumes voraus. Unter einem solchen versteht man Bereiche, die ihrem Zweck nach dazu bestimmt sind von einer unbestimmten Zahl oder nur nach allgemeinen Merkmalen bestimmten Personen betreten zu werden.\(^\text{38}\) Im betrieblichen Bereich dürfte dies ausschließlich auf solche Räume treffen, die dem Publikumsverkehr offen stehen. Für diese Fallgruppe kommen somit vornehmlich Verkaufsräume von Supermärkten oder Kaufhäusern in Betracht.


\(^{35}\) BAG, NZA 1988, 92; BAG, NZA 2003, 1193, 1194; BAG, NZA 2004, 1278, 1281.


\(^{37}\) BAG, NZA 2003, 1193, 1195.

\(^{38}\) BAG, NZA 2004, 1278, 1282; Gola/Schomerus, §66 Rn. 8; Simitis/ Bizer, BDSG, 6. Aufl. 2006, §66 Rn. 40.
Die Prüfung der Rechtmäßigkeit der Videoüberwachung gem. § 6b BDSG erfolgt in zwei Schritten.

Zunächst muss sich der Arbeitgeber auf einen legitimen Zweck zur Überwachung stützen. In Betracht kommen hierfür die Wahrnehmung des Hausrechts (Nr.2) oder sonstige berechtigte Interessen (Nr.3). Die Videoüberwachung muss zur Erreichung dieses Zwecks sowohl geeignet als auch erforderlich sein und es dürfen keine Anhaltspunkte für die Verletzung von schutzwürdigen Interessen von Betroffenen bestehen.39

Die Erforderlichkeit ist gegeben, wenn kein gleich geeignetes milderes Mittel denkbar ist, um den festgelegten Zweck zu erreichen.40 Als Alternativen zur Kameraüberwachung wurden hierbei von der Rechtsprechung sowohl ein Verzicht auf die Aufzeichnung von Bildern41 sowie die Überwachung durch das restliche Personal42 ange- dacht. Diese waren jedoch nur selten im gleichen Ausmaß geeignet.

Der zweite Schritt umfasst die konkrete Abwägung der Interessen des Arbeitgebers und der betroffenen Arbeitnehmer. Das Gewicht der Interessen von Betroffenen hängt hierbei stark von der Intensität der Eingriffe in das Persönlichkeitsrecht ab. Hierbei ist die räumliche, zeitliche, personelle und technische Intensität zu bewerten.43 In räumlicher Hinsicht ist so zum Beispiel die betroffene Sphäre von besonderer Relevanz für die Bewertung der Eingriffsintensität. So stellt die Videoüberwachung am Arbeitsplatz regelmäßig keinen Eingriff in die Intim- oder Privatsphäre, sondern lediglich einen Eingriff in die weit-

39 vgl. Fn. 28.
40 BAG, NJW 2005, 313.
41 BAG, NZA 2004, 1278, 1283; BAG, NZA 2008, 1187, 1191.
42 BAG, NZA 2003, 1193, 1195.
43 Grimm/Schäfer, Videoüberwachung am Arbeitsplatz, RdA 2009, 329, 331f.

Abbildung 4
gefasste Sozialsphäre dar, weil die Arbeitnehmer in öffentlich-zugänglichen Bereichen immer damit rechnen müssen, beobachtet zu werden.44 Letztlich kommt es zur Bewertung der Eingriffsintensität jedoch vor allem auf die vom Arbeitgeber verfolgten Zwecke an.

3.1.1 Überwachung des Publikumsverkehrs


Einigkeit bei der Bewertung dieser Situation herrscht in der Literatur darin, dass in solchen Situationen wohl regelmäßig den Arbeitgeberinteressen zur Aufklärung von Straftaten ein Vorrang gegenüber dem Persönlichkeitsrecht der Arbeit-

44 BAG, NZA 2003, 1193, 1195.
Abbildung 5

Arbeitnehmer einzuräumen ist. Die Begründungen hierfür sind jedoch umstritten:

Nach einer Ansicht sei die Überwachung von Arbeitnehmern als arbeitsplatzimmanent hinzunehmen, wenn sie gegenüber Dritten gem. §6b BDSG als zulässig anzusehen ist. Diese Ansicht verkennt jedoch den Zweck von §6b BDSG, der die Interessen aller Betroffenen gesondert berücksichtigt.


Es bleibt festzuhalten, dass Eingriffe in das Persönlichkeitsrecht von Arbeitnehmern, die als Nebenfolge der Überwachung von Dritten erfolgen, regelmäßig hinter die legitimen Interessen der Arbeitgeber zurücktreten, sofern diese dafür sorgen, dass die Kamerasuren nicht zweckentfremdet benutzt werden.

46 Gola/Wronka, Rn. 816.
47 Bayreuther, NZA 2005, 1038, 1039.
48 Bayreuther, NZA 2005, 1038, 1039.
49 BAG, NZA 2008, 1187.
50 BAG, NZA 2008, 1187, 1188.
3.1.2 Überwachung der Mitarbeiter


Der Rechtsprechung lässt sich entnehmen, dass die Zulässigkeit der Videoüberwachung grundsätzlich von der Konkretisierung des Verdachts abhängig ist.\(^{52}\) Zur Wahrung der Verhältnismäßigkeit der Videoüberwachung müsse ein begründeter Anfangsverdacht sowohl räumlich als auch funktional auf eine Person einzugrenzen sein.\(^{53}\) Wie das BAG erst vor kurzem erneut ausführte, bedeutet dies, dass die Überwachung räumlich auf den Bereich des Vorfalls begrenzt sowie zeitlich auf die Aufklärung des Verdachts beschränkt sein müsse.\(^{54}\) Letztlich bedeutet dies, dass die Installation von Videoüberwachungskameras nur in Ausnahmefällen möglich ist. Die mit der Überwachung einhergehende Persönlichkeitsrechtsverletzung kann nur durch einen konkreten Verdacht und räumliche sowie zeitliche Beschränkungen aufgewogen werden. Im Gegensatz zur Situation in der die Überwachung von Kunden das Hauptmotiv darstellt, überwiegt insoweit hier das Persönlichkeitsrecht der Arbeitnehmer grundsätzlich die Interessen der Arbeitgeber.

Folgerichtig untersagte das BAG auch jede Ausweitung der Videoaufzeichnung auf weitere Bereiche ohne jegliche räumliche, zeitliche oder personelle Begrenzung, da dies einer verdachtsunabhängigen unbegrenzten Videoüberwachung gleichkomme.\(^{55}\)

Neben dem Regelfall eines konkreten Verdachts kann das Bedürfnis zur Videoüberwachung jedoch auch ohne Verdacht allein aus einer erhöhten Gefährdungslage aufgrund betrieblicher Besonderheiten resultieren.\(^{56}\) So stellt sich vor allem im Umgang mit größeren Geldbeträgen oder besonders wertvollen Gegenständen die Frage, ob dem Arbeitgeber keine Recht fertigung für die präventive Videoüberwachung von Mitarbeitern eingeräumt werden sollte. Die Ausführungen des BAG hierzu zeigen, dass das Gericht eine solche Recht fertigung unterhalb der konkreten Verdachtschwelle zumindest für möglich erachtet.\(^{57}\) Grundsätzlich sind in solchen Fällen jedoch besonders hohe Anforderungen in Bezug auf die Wahrscheinlichkeit und die Höhe des zu erwartenden Schadens zu stellen, so dass kaum eine Situation, in für den Publikumsverkehr geöffneten Bereichen, denkbar ist.\(^{58}\) Eine Überwachung der Kassenbereiche von Supermärkten oder Kaufhäusern ist jedenfalls wohl nicht durch eine besonders hohe Gefahrenlage zu recht fertigen.

Den vorangegangenen Ausführungen ist zu entnehmen, dass die gezielte Mitarbeiterüberwachung ohne konkreten Verdachtsfall regelmäßig einen nicht zu recht fertigen Eingriff in die Persönlichkeitsrechte der Mitarbeiter darstellt. Folglich ist auch eine verdachtsunabhängige Leitungskontrolle der Mitarbeiter nicht zu recht fertigen.\(^{59}\)

\(^{52}\) BAG, NZA 2003, 1193; BAG NZA 2004, 1278.
\(^{53}\) BAG, NZA 2003, 1193, 1195.
\(^{54}\) BAG, NZA 2008, 1187, 1191.
\(^{55}\) BAG, NZA 2008, 1187, 1192.
\(^{56}\) Grimm/Schiefer, RDA 2009, 329, 332f.
\(^{57}\) BAG, NZA 2004, 1278, 1283ff.
\(^{58}\) Grimm/Schiefer, RDA 2009, 329, 333.
\(^{59}\) so auch Bayreuther, NZA 2005, 1038, 1039.
3.2 Überwachung nicht öffentlich-zugänglicher Bereiche

Es ist umstritten, anhand welcher Kriterien die Videoüberwachung von nicht-öffentlich zugänglichen Bereichen zu bewerten ist. Da diese Bereiche dem Publikumsverkehr regelmäßig nicht offen stehen, ist § 6b BDSG nicht anwendbar. Fragliche ist hier, welche Norm stattdessen den Erlaubnisvorbehalt von § 4 Abs. 1 BDSG erfüllt.

3.2.1 Einwilligung der Arbeitnehmer


Die Einwilligung stellt somit in der Theorie zwar ein mögliches Instrument zur Rechtferdigung von Videoüberwachung dar, ist in der Realität jedoch sowohl aus Praktikabilitätsgründen als auch aus einer rechtspolitischen Sicht zu hinterfragen.

---

60 Gola/Schomerus, §4 Rn. 15f.; Simitis/Walz, §4 Rn. 6f.
61 MükoBGB/Müller-Gröhe, 5. Aufl. 2009, §612a Rn. 9ff.; Erfurter Kommentar zum Arbeitsrecht/Preis, 10. Aufl. 2010, §612a BGB Rn. 2.
62 Gola/Schomerus, §4a Rn. 18. Simitis/Simitis, §4a Rn. 94.
3.2.2 Anwendung von § 6b BDSG analog

In Betracht könnte eine analoge Anwendung von § 6b BDSG als Erlaubnisnorm kommen. Für die Verwendung als Analogie müsste zunächst eine planwidrige Regelungslücke bestehen. § 6b BDSG regelt ausdrücklich nur die optische Überwachung öffentlich-zugänglicher Räume. Fraglich ist in diesem Zusammenhang jedoch, ob diese Regelung bewusst getroffen wurde oder ob eine planwidrige Lücke für den nicht öffentlichen Bereich besteht. In diesem Fall hat der Gesetzgeber bewusst nur den öffentlichen Bereich geregelt.63 Regelungen für nicht öffentliche Bereiche sollten insbesondere in einem Arbeitnehmerdatenschutzgesetz behandelt werden.64 Mithin fehlt es an einer planwidrigen Regelungslücke. Eine Anwendung von § 6b BDSG analog kommt mithin nicht in Betracht.

3.2.3 Anwendung von § 32 BDSG

Letztlich könnte noch § 32 BDSG für die Rechtfertigung von Videoüberwachungsanlagen in nicht öffentlichen Bereichen in Frage kommen. Nach der Neuregelung des BDSG erlaubt nun § 32 BDSG die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung von personenbezogenen Daten, wenn dies für das Beschäftigungsverhältnis erforderlich ist. Im Verhältnis zwischen §§ 28, 32 BDSG verdrängt § 32 BDSG den § 28 BDSG für Zwecke des Beschäftigungsverhältnisses und stellt somit für diesen Bereich die einzig anzuwendende Norm dar. Für beschäftigungsfernere Zwecke bleibt § 28 BDSG jedoch weiterhin anwendbar.65

Fraglich ist hier jedoch, ob die Anwendbarkeit dieser datenschutzrechtlichen Generalklauseln im Zusammenhang mit der Videoüberwachung nicht öffentlicher Bereiche in Frage kommen kann. Wie bereits bei der Prüfung der analogen Anwendung von § 6b BDSG dargelegt worden ist, strebt der Gesetzgeber im Bereich der Videoüberwachung von Arbeitnehmern in nicht öffentlichen Bereichen die Schaffung eines speziellen Arbeitnehmerdatenschutzrechtes an.66 Zwar regeln der § 32 BDSG nach der Neuregelung alle Fragen der Datenerhebung für Beschäftigungszwecke, dennoch stellt die Neuregelung nicht die vom Gesetzgeber gewollte Einführung eines Arbeitnehmerdatenschutzrechtes dar.67 Folglich könnte die Anwendbarkeit von §§ 28, 32 BDSG als Erlaubnisnorm i.Sv. § 4 Abs. 1 BDSG vom Gesetzgeber nicht gewollt sein. In die gleiche Richtung zielt die Argumentation des BAG, welches die Videoüberwachung öffentlicher Räume nicht an den Generalklauseln der §§ 13, 14 BDSG messen wollte, sondern hierfür ausschließlich die spezielle Ermächtigung des § 6b BDSG als einschlägig erachtete.68

Letztlich kann die Zulässigkeit einer Videoüberwachung in nicht öffentlichen Bereichen des Betriebes aber nicht von einer noch zu schaffenden Norm im Arbeitnehmerdatenschutzrecht abhängen. Insofern kann die Anwendbarkeit von § 32 BDSG nicht ausgeschlossen werden.69 Mithin muss die Zulässigkeit der Videoüberwachung an den Erlaubnistatbeständen des § 32 BDSG gemessen werden.

§ 32 Abs. 1 S. 1 BDSG enthält drei einzelne Erlaubnistatbestände. So dürfen personenbezogene Daten sowohl zur Begründung und Durchführung als auch zur Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses erhoben werden, soweit dies hierfür

---

63 BAG, NZA 2004, 1278, 1282.
64 BT-Dr. 14/4329, S.38.
65 Erfurth, Der „neue“ Arbeitnehmerdatenschutz im BDSG, NJW 2009, 2723.
66 BT-Dr. 14/4329, S.38.
67 Erfurth, „Der „neue“ Arbeitnehmerdatenschutz im BDSG, NJOZ 2009, 2914, 2915f.
68 BAG, NZA 2004, 1278, 1282.
69 so auch Grimm/Schiefer, RdA 2009, 329 zu § 28 BDSG.
erforderlich ist. Die Erforderlichkeit ist in diesem Fall abermals durch eine Interessenabwägung im Einzelfall festzustellen.\textsuperscript{70} Die Erforderlichkeit ist in diesem Zusammenhang von der reinen Nützlichkeit der Datenerhebung, die insofern nicht ausreichend abzugrenzen.\textsuperscript{71} Bezugspunkte für die Erforderlichkeit sind Entscheidungen, die das Be- schäftigungsverhältnis betreffen. Dem Arbeitgeber wird in diesem Zusammenhang somit ein gewisser, jedoch nicht beliebiger Entscheidungs- spielraum eingeräumt.\textsuperscript{72} Für die Rechtfertigung der Videoüberwachung in nicht öffentlich- zugänglichen Bereichen bedeutet dies, dass § 32 BDSG als Erlaubnisnorm iSv. § 4 Abs. 1 BDSG dienen kann, wenn die Videoüberwachung zu Beschäftigungszwecken erfolgt und insoweit auch erforderlich ist.

3.3 Fazit: Videoüberwachung im Betrieb


\textsuperscript{70} Erfurth, NJW 2009, 2723.

\textsuperscript{71} Däubler, Das neue Bundesdatenschutzgesetz und seine Auswirkungen im Arbeitsrecht, NZA 2001, 874, 876.

\textsuperscript{72} Vgl. auch Erfurth, NJOZ 2009, 2914, 2919.
4 Videoüberwachung durch öffentliche Stellen


4.1 Überwachung von öffentlichen Plätzen und Straßen

Bei der Überwachung von öffentlichen Plätzen steht vor allem die Kontrolle von Kriminalitäts schwerpunkten im Vordergrund der rechtspolitischen Diskussion. Die Rechtsprechung in diesem


Vgl. z.B. die §49-33 PolG NRW zum Datenschutz und speziell §15a PolG NRW zur Videoüberwachung.

Vgl. Fn. 5.

75 BVerfG, NVwZ 2007, 688.
76 Zum Sachverhalt vgl. auch Fetzer/Zöller, Verfassungswidrige Videoüberwachung, NVwZ 2007, 775.
77 BVerfG, NVwZ 2007, 688, 691.
78 BVerfG, NVwZ 2007, 688, 690.
Trotz dieses Urteils lässt sich keine einheitliche Linie für die Zukunft ableiten. Zwar stellt das Verfassungsgericht das Persönlichkeitsrecht der Betroffenen in diesem Fall deutlich über das Aufklärungsinteresse der Stadt, aber eine Auseinandersetzung mit konkreten inhaltlichen Kriterien zur verfassungsmäßigen Ausgestaltung der Videoüberwachung findet nicht statt. Weiterhin schließt das Gericht aber auch nicht aus, dass die Videoüberwachung öffentlicher Einrichtungen aufgrund einer hinreichend bestimmten und normenklaren Ermächtigungsgrundlage verfassungsgemäß sein kann, wenn ein hinreichender Anlass besteht und die Überwachung sowohl in räumlich als auch zeitlicher Hinsicht als Verhältnismäßig zu beurteilen ist. Letztlich war auch die Frage, ob das reine Überwachen ohne Aufzeichnung von Bildern zulässig sei, nicht entscheidungserheblich, so dass insoweit kein Rückschluss gezogen werden kann.


79 BVerfG, NVwZ 2007, 688, 691.
80 Fetzer/Zöller, NVwZ 2007, 775, 776.
81 VGH Mannheim, NVwZ 2004, 498.

4.2 Automatisierte Erfassung von Autokennzeichen


Das automatisierte Erfassen von Kennzeichen mittels Videotechnik sowie das Auslesen und Abgleichen der erfassten Kennzeichen stelle demnach einen wesentlichen Eingriff in das Grund-
recht auf informationelle Selbstbestimmung dar. Jedoch sei ein solcher Eingriff nicht unter allen Umständen als verfassungswidrig anzusehen. Eine Rechtsetzung sei gerade bei ausreichend bestimmten Ermächtigungsgrundlagen und einer verhältnismäßigen Umsetzung denkbar.\textsuperscript{83}

Entscheidungserheblich für die Interessenabwägung waren hierbei auch erneut die fehlende personelle und zeitliche Begrenzung der Überwachung. Der Eingriff, der mit der Erfassung und vor allem der Speicherung der Daten verbunden ist, kann potentiell eine erhebliche Menge von Menschen betreffen, die keinerlei Erhebungsanlass gegeben haben. Ähnlich wie beim Urteil zur Überwachung öffentlicher Plätze stelle das Gericht fest, dass durch längerfristige und weiträumige Erfassungen Bewegungsprofile erstellt werden können.\textsuperscript{84}

Die Interessenabwägung muss in einem solchen Fall der automatisierten Kennzeichenerfassung insbesondere zwischen dem Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf der einen Seite und dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung auf der anderen Seite stattfinden. Regelmäßig muss hierbei zur Bewertung der Eingriffsintensität der konkrete Einsatzzweck berücksichtigt werden. Dieser hängt insbesondere von der Intensität der konkreten Schutzgutgefährdung ab.\textsuperscript{85} Nach der Rechtsprechung des BVerfG ergeben sich hieraus sog. Eingriffsschwellen, die je nach Wahrscheinlichkeit und Intensität der drohenden Schutzgutbeeinträchtigung Maßnahmen verhältnismäßig werden lassen.

Im Fall der automatisierten Kennzeichenerfassung erfolgt jedoch eine Ermittlung ohne jedweden konkreten Anlass oder Verdacht. Dem relativ niedrigen Risiko von Schutzgutbeeinträchtigungen durch Autofahrer steht ein erheblicher Ein-

\textsuperscript{83} BVerfG, NJW 2008, 1505, 1516.
\textsuperscript{84} BVerfG, NJW 2008, 1505, 1509.
\textsuperscript{85} BVerfG, NJW 2008, 1505, 1515.
\textsuperscript{86} BVerfG, NJW 2008, 1505, 1516.
\textsuperscript{87} vgl. BVerfG, NVwZ 2007, 688.
4.3 Überwachung öffentlicher Einrichtungen

In neuerer Zeit musste weiterhin auch die Videoüberwachung von öffentlichen Einrichtungen durch die Rechtsprechung entschieden werden. Hervorgehoben werden soll hierbei ein Urteil des OVG Münster zur Überwachung in Universitätsbibliotheken. Im diesem Fall hatten mehrere Benutzer einer Universitätsbibliothek gegen die Videoüberwachung und die einhergehende Speicherung der Bilder geklagt, da sich diese in ihrem Recht auf informationelle Selbstbestimmung verletzt sahen. Im Ergebnis billigte das Gericht die Überwachung der Räumlichkeiten auf Grundlage des §29b Abs. 1 DSG NRW, untersagte jedoch die anlasslose Speicherung der erhobenen Daten.

Gem. §29b Abs. 1 DSG NRW ist die Überwachung öffentlicher Bereiche insoweit zulässig als sie zur Wahrnehmung des Hausrechts dient und nicht offenkundig schutzwürdige Interessen betroffener Personen verletzt. Insofern hat erneut auch hier eine Interessenabwägung im Einzelfall stattzufinden. Als betroffenes Recht wurde von der Klägerseite die Verletzung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung gerügt, welches den Einzelnen vor der unbegrenzten Erhebung und Speicherung seiner personenbezogenen Daten schützen soll. Im Gegensatz dazu wurden von Seiten der Universität das öffentliche Interesse am Schutz der Medien und die Ausübung des Hausrechts als schutzwürdige Interessen vertreten.

Das Gericht entschied, dass zwar ein Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung vorliege, jedoch das gegenüberstehende öffentliche Interesse an der Überwachung überwiege. Eine Überwachung ohne Aufzeichnung sei insoweit geeignet und auch erforderlich um die Schutzzbereichen durchzusetzen. Die Überwachung sei letztlich auch nicht außer Verhältnis um Diebstähle und Beschädigungen zu verhindern, weil die Nutzer der Bibliothek nicht weniger beinträchtigt wären, wenn Aufsichtspersonal in jedem Raum eingesetzt werden würden.89

Die Speicherung von Daten sei jedoch nur anlassbezogen gem. §29b Abs. II DSG NRW zulässig. Insoweit müsse eine konkrete Gefahr bestehen, um die Speicherung von Daten zu rechtferigen. Das Gericht hob in diesem Zusammenhang hervor, dass die Speicherung zum generellen Schutz der Bibliotheksmedien nicht notwendig sei. Die Schwere des mit der Speicherung von Daten verbundenen Eingriffs in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung überwiege in diesem Fall das Sicherungsinteresse. Diesem sei bereits durch mögliche Abschreckungseffekte und die eigentliche Überwachung genüge getan.90


88 OVG Münster, BeckRS 2009, 33695.
89 OVG Münster, BeckRS 2009, 33695.
90 OVG Münster, BeckRS 2009, 33695.
4.4 Webcams und deren Zulässigkeit

Der zunehmende Einsatz von Webcams führt zu weiteren, bislang ungelösten Aporien. So ist z. B. ungeklärt, ob die Aufzeichnung von Personen via Webcam nach dem BDSG oder aber nach den speziellen Vorschriften des KUG zu beurteilen ist. Sofern eine Webcam nur Übersichtsaufnahmen von einem Ort anfertigen soll, fehlt es am Personenbezug, so dass z. B. die oben erwähnte Vorschrift des § 6b BDSG nicht zur Anwendung gelangt. Das KUG ist aber einschlägig, sobald Personen erkennbar und identifizierbar sind. Allerdings sind diese meist nur "Beispiel" einer Örtlichkeit sind, so dass entsprechende Aufnahmen nach § 23 Abs. 1 Nr. 2 KUG erlaubt sind.
5 Gesamtwürdigung


Um für die Zukunft einen Überblick über die rechtliche Zulässigkeit von Videoüberwachung zu bieten, sollen die Ergebnisse abschließend in folgender Tabelle zusammengefasst werden.

---


92 Naughton, The coalition Queen’s Speech: freedom, civil liberties - and arrests, timesonline.co.uk vom 25.5.2010, http://www.timesonline.co.uk/tol/news/politics/article7135948.ece; letzter Zugriff: 1.6.2010
<table>
<thead>
<tr>
<th>Bereich</th>
<th>Überwachungsobjekt</th>
<th>Zulässigkeit</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>privat</td>
<td>eigenes Grundstück</td>
<td>regelmäßig zulässig</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Nachbargrundstück</td>
<td>im Regelfall nicht zulässig</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>gemeinsam genutzte Flächen</td>
<td>im Regelfall nicht zulässig</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>öffentliche Wege</td>
<td>In Bezug auf Personen gegenüber denen ein Überwachungsdruck entsteht nicht zulässig.</td>
</tr>
<tr>
<td>betrieblich</td>
<td>öffentlich-zugängliche Bereiche</td>
<td>abhängig vom Überwachungszweck: Überwachung Dritter wohl zulässig, Leistungsüberwachung der Mitarbeiter grds. nicht zulässig</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>nicht öffentlich-zugängliche Bereiche</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>öffentlich</td>
<td>öffentliche Plätze</td>
<td>Zulässigkeit nur bei konkretem Anlass und Verhältnismäßiger Überwachung</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>öffentliche Einrichtungen</td>
<td>Zulässigkeit nur bei konkretem Anlass und Verhältnismäßiger Überwachung</td>
</tr>
</tbody>
</table>
Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Creative Commons-Lizenz: Rechteinhaber: le Korrigan
Abbildung 2: gemeinfrei
Abbildung 3: Creative Commons-Lizenz: Rechteinhaber: Mike_fleming
Abbildung 4: Creative Commons-Lizenz: Rechteinhaber: Mattes
Abbildung 5: gemeinfrei
Abbildung 6: Creative Commons-Lizenz: Rechteinhaber: N-Lange.de
Abbildung 7: Creative Commons-Lizenz: Rechteinhaber: fotdmike
Abbildung 8: Creative Commons-Lizenz: Rechteinhaber: subcircle

Autor